

MARL - stimmt die Chemie ?

Vortrag Ingrid Krau in der VHS Marl „Die Insel“, gehalten am 26.9.2023

Marl, die Stadt und die Chemie sehe ich als Wohlstand sicherndes Eins, ohne Arbeit im Chemiepark kein Wohlstand, keine Kultur und Bildung, ohne Kultur und Bildung keine Stadt. Das ist wieder hochaktuell und soll auch mein Thema heute Abend sein.

Das Eins von Stadt und den Zechen Brassert und Auguste-Viktoria ist Vergangenheit, aber die Zechensiedlungen sind weiter von großer Bedeutung.

Dieses Eins, die Zusammengehörigkeit von Industrie und Stadt, sind der Grundstock von Wohlstand und Entwicklung, auch wenn die Knappheit der Gemeindefinanzen das Strahlen wieder einmal in Bedrängnis bringt.

Nicht nur die Stadt, auch **Evonik**, einer der Großen der Chemieindustrie, hat ernste Sorgen: Wie kann das Unternehmen nachhaltig wirtschaften, wo es doch noch ganz und gar fossil produziert, da es von der Beschaffung der Rohstoffe Öl und Erdgas abhängt? Wo der Strom zum Produzieren teurer ist als in konkurrierenden Ländern? Wo viele ausgeschriebene Stellen seit über drei Monaten unbesetzt sind?

Und nun die neueste Botschaft: Evonik musste wegen der flauen Konjunktur seine Gewinnprognose senken, ein Rückgang um 40% gegenüber dem Vorjahr, das ist keine Kleinigkeit. Evonik möchte nun in die Forschung weniger Geld investieren, was staunen lässt, denn **Evonik trägt gesellschaftliche Verantwortung** bei der Suche, wie man zu fossilfreier chemischer Produktion kommt. Das Motto „Evonik-leading beyond chemistry“ sagt, wohin man will, aber auch, dass man da noch nicht am Ziel angekommen ist.

Es geht mir um die Plus-Minus-Bilanz, um die Herausforderungen, das Erreichte und das Erreichbare. Oder wie es der Philosoph Habermas aus der Weisheit des Alters fragt:

Was können wir wissen? Was sollen wir tun? Was dürfen wir hoffen?

(Habermas 2019: Auch eine Geschichte der Philosophie)

Das Wissen steht vor dem Tun, und beides begründet das Hoffen!

Herausforderung 1: MARL - ein Industriestandort aus fossiler Zeit sucht seine Zukunft

Die Chemieindustrie hat zu kämpfen: Ihr Rohstoff ist noch immer das Erdöl, ihre Energie kommt noch immer aus fossilen Quellen; dazu zählen auch die Gaskraftwerke. Die Chemie braucht viel Strom und der ist teuer geworden.

Daher die Debatte um den Industriestrompreis.

Zu den Hiobsbotschaften gehört, dass EVONIK in Marl in seinem Chemiepark längst keine 10.000 Arbeitsplätze mehr vorhält, sondern nur noch 8.500 und davon nun weitere 3.500 einsparen will. Das bedeutet eine Halbierung.

Evonik hat den Umbau zu einer Produktion von grünen Chemikalien und grüner Energie noch vor sich. Statt der angestrebten Transformation hin zur grünen Wirtschaft angesichts der Beschleunigung der Klimakrise zwingt die Gegenwart uns zur Verteidigung unserer derzeitigen Art zu wirtschaften mit dem Bezug von Gas und Öl aus Ländern, die keine Demokratien sind und mit Investition in LNG-Terminals mit Import des ökologisch problematischen Fracking-Gases. Kommen wir so näher an die gewünschte grundlegende Transformation heran oder entfernen wir uns von ihr, um im Kampf der Systeme nicht unterzugehen?

Was können wir wissen? Wir wissen, es gibt zu viel CO₂ in der Luft. Das nährt nun wieder die Hoffnung, man brauche es nur abzufangen und als neuen Rohstoff zu **nutzen**. Eine **große Verführung**, diesen Rohstoff weiter als verwertbare Quelle zu akzeptieren. Wir wissen, es gibt zu viel **Plastikabfälle**: eine weitere **große Verführung**, diese mit erheblichem Energieaufwand zu neuem Öl zu recyceln, so wie es nun BP in Scholven betreibt. Schafft uns das ein neues Wachstumsdesaster? Eine mögliche Antwort wäre: weniger produzieren. Z.B. nicht alles in Folie einpacken, damit man die Folienberge im Anschluss nicht in Scholven recyceln muss? Aber der auf Wachstum fixierte Kampf der Systeme verlangt, mehr zu produzieren.

Doch sehen wir auch auf die guten Nachrichten. Dazu gehört, dass die Dachflächen der großen Metro-Hallen nun für Photovoltaik im Großmaßstab genutzt werden, also sauberer Strom geerntet wird, der im Chemiapark eingesetzt werden kann. Ein wichtiger Schritt in die Transformation und ortsnahe zum Verbrauch. Sie ist ein intelligentes Sparbeispiel minimalen Aufwands. Die Dachflächen sind da, der konstruktive Aufwand ist gering, der Nutzen ist immens. Ärgerlich nur, dass die Photovoltaik nicht mehr aus Gelsenkirchen kommt, sondern aus China. Gelsenkirchen war ein Standort der Herstellung von PV-Modulen. Warum ist in der Nachbarstadt noch keine Initiative entstanden, die PV-Module wieder lokal herzustellen? Es gäbe ja noch viele Dächer im Chemiapark und bald auch bei gate.ruhr, um Abnehmer zu finden. Für die ganz große Transformation in noch größerem Maßstab brauchen wir zusätzlich noch viele Offshore-Windparks, die uns Energie für die große Transformation liefern, auch um Wasserstoff herzustellen.

Das haben wir schon vor Jahren politisch verschlafen, weil es so bequem war, russisches Erdgas und Erdöl zu nutzen, während GB und Dänemark schon umfangreich in Offshore-Windparks investierten.

Zukunftsbranche Logistik

Metro-logistics betreibt in Marl eines der größten Handelslogistikzentren Europas, mit 225.000 qm Lagerfläche und 406 Ladetoren, kurz ein „geooptimaler Knotenpunkt“ für die Anlieferung der unendlichen Warenmengen aus China, die mit Containerschiffen in Rotterdam anlanden und über die Containerumschlagplätze in Duisburg per LKW in das Logistikzentrum Marl kommen, hier umsortiert werden und wiederum per LKW in den Weiten Nordwestdeutschlands verteilt werden.

Von Metro versprochen waren mehr als 1.000 Arbeitsplätze mit Ausbildungsberufen, finanziell abgesicherte Arbeit über den *Tarifvertrag Handel/Außenhandel*. Es kam anders:

Verdi stimmte der Änderung in den *Tarifvertrag Logistik* zu, die Beschäftigten verdienen nun um die 1.000 Euro/Monat weniger. Mit der Corona-Ausbreitung in den Produktionsstätten Shanghais und in den chinesischen Häfen verdünnten die Liefermengen. Z.Zt. arbeiten nur rd. 550 Personen bei Metro. Die bei Metro Beschäftigten klagen über starken Arbeitsdruck und Lohndumping. Der Lohn reiche nicht, um die Familie zu ernähren. Viele müssen nun über Bürgergeld aufstocken. Es gibt im Ruhrgebiet und in Marl weiter notorisch zu wenig tariflich abgesicherte Arbeit.

Arbeit für alle, bedeutet, dass genug Arbeitsplätze da sein müssen und dass ...

- Menschen mit der notwendigen Grundausbildung versorgt werden. Dafür sind die öffentlichen **Grundschulen in den Stadtteilen** verantwortlich. Für die im Niedriglohnsektor reicht dieses Grundwissen. Anlernen reicht, Ausbildung und Lehre gestrichen.
- Für die weiterführende qualifizierende Ausbildung gibt es das Hans-Böckler-Berufskolleg HBBK mit seinen über 3.000 Ausbildungsplätzen für den Kreis Recklinghausen. Das Berufskolleg dient der Weiterqualifizierung besonders in den Bereichen Technik, Chemietechnik, Physik, Chemie,

Ernährung, also das, was der Chemiapark an Berufsfeldern braucht. Es wird von Evonik gefördert, bietet Qualifizierungswege für Menschen, die bereit sind zu persönlichem fachlichen Engagement.

Das HBBK im Kreis Recklinghausen bietet eine Vielfalt von Wegen und auch nachholende Umwege, einen angemessenen Bildungsweg zu finden. Mit vielen Kooperationswegen im dualen System, geförderten Wegen aus der praktischen Arbeit in die Qualifizierung, mit MINT- und Talentschulen. Es bietet Chancen, Ausbildungs- und Bildungsdefizite der Industriegesellschaft im steten Strukturwandel zu überwinden. Qualifizierung ist noch immer der Schlüssel zu einem besseren Leben.

Die Beschäftigten im Chemiapark kommen aus dem gesamten nördlichen Ruhrgebiet nur zu einem Teil aus Marl selbst. Das lässt sich auf dem großen Parkplatz vor dem Tor ablesen. Die Arbeitsplätze im Chemiapark sichern auch die Zukunft der Region ab.

Warum aber sind so viele anspruchsvolle Stellen im Chemiapark nicht besetzt?

Fehlt den MARLern der Drive zur Qualifizierung? Es sind zu wenige, die von den Qualifizierungswegen Gebrauch machen, vergleicht man es mit der Zahl der seit über 3 Monaten unbesetzten Stellen bei Evonik in Marl. Es bräuchte weit mehr Stellen als 3.000, um ein höheres Qualifizierungsniveau abzusichern! Wie wird aus Marl die Stadt der Wissenshungrigen und des persönlichen Engagements?

Herausforderung 2: MARL - eine Industriestadt der Moderne sucht ihre Zukunft

In Marl wurden erhebliche Grünflächen aus dem Verzeichnis der Verbandsgrünflächen schon weit vor den 1960er Jahren wieder herausgenommen, um weiterbauen zu können.

Auch in neuester Zeit gab es immer wieder Zugriffe in die gesicherten Grünflächen; dazu braucht es jeweils nur eine Änderung im Regionalplan. Ungut ist heute die Praxis mit Flächentausch zur Umwandlung von Grünflächen in einen ‚Allgemeinen Siedlungsbereich‘. Die Siedlungsbereiche brauchen heute in der Klimakrise verlässliche Grenzen. Man muss aufhören mit dem Flächentausch.

Die jüngsten Begehrlichkeiten, in den Jahnwald für hochwertige Wohnbebauung einzugreifen, war so eine Grenzüberschreitung. Die Verbandsversammlung des RVR hatte zugestimmt. Die Stadt Marl blieb standhaft; das ist einen Kniefall vor dem Stadtrat wert.

Zu Marls architektonisch-städtebaulichem Erbe

Es ist weltberühmt, aber seine Pflege stand Jahrzehnte lang unter einem **Sparregime** mit gedecktem Haushalt und Kommunalaufsicht. Notwendige Investitionen zum Unterhalt der berühmten öffentlichen Bauten unterblieben. Das wurde umso schmerzlicher, als gerade das weithin die Identität der Stadt bestimmende Rathaus über Jahrzehnte im Unterhalt sträflich vernachlässigt wurde.

Sträflich? Ein viel zu beschönigendes Wort, muss heißen, bei Strafe des drohenden Untergangs. Die Verwendung von **Spannbetonkonstruktionen**, zumal offen zur Umgehungsluft exponierte, war eine kühne Innovation, um 1960 noch unerprobt, was der fortlaufenden Beobachtung und Oberflächenanalyse als konservatorischer Aufgabe bedurft hätte. Das galt von Anbeginn für die beiden Rathaus-Türme mit ihren vom Dachtragwerk mit Spannseilen abgehängten Geschossen. Und ganz besonders galt es für den Sitzungstrakt, ein Faltwerk in schönstem Sichtbeton. Doch Sichtbeton ist besonders korrosionsempfindlich, zumal wenn es ungeschützt den Umwelteinflüssen des benachbarten Chemiewerks ausgesetzt ist.

Die langen Debatten um **Rathaussanierung und Marschall 66** zeigen die Not, sich um das wertvolle Erbe angemessen zu kümmern. Erst seit es wieder einen ausgeglichenen Haushalt gibt, steht dieses MEHR überhaupt wieder auf der Tagesordnung. Die **Versäumnisse** haben nun

gravierenden nachholenden Handlungsbedarf erzeugt. Die Folgen waren vorhersehbar. Hier hätte die Vergabe der Instandsetzung nie an den billigsten Anbieter erfolgen dürfen. Das hätte auch die Kommunalaufsicht nicht verlangen dürfen.

Der Marler OB ist ein klug Abwägender: Er weiß, es geht auch um das Selbstbild der Stadt Marl als einer Stadt, die mit ihrer Baukultur das MEHR leuchten lässt. Ohne den Erhalt, die Pflege und sinnvolle Nutzung der hervorragenden Architekturen und ihres großartigen öffentlichen Raumes wird das Strahlen Marls erlöschen.

Wenn nun verlangt wird, wegen der aufgelaufenen Kosten den Sitzungstrakt abzureißen, kann ich nur sagen: ein Kulturvergehen, es wäre Harakiri, Selbsttötung der Stadt.

Das ganze Stadtgebiet ist ein einzigartiges Architekturmuseum der Moderne seit den 1950er Jahren: mit der Erlöser-Kirche von Otto Bartning, der Paracelsusklinik von Hebebrand, der Insel und dem Marschall 66 von Günther Marschall, mit den Hügelhäusern von Faller/Schröder und mit der Hauptschule von Hans Scharoun, großartige Orientierungsmarken in der flächenmäßig ausgedehnten Stadt.

Für 2024 wir nun wieder ein **Defizit von 87 mio EURO** errechnet. **Wie kann es so weit kommen?** Mit **gate.ruhr** sind neue Steuereinnahmen zu erwarten. **Das bedeutet eine neue Chance für die Instandsetzungsarbeiten und für Städtebau und Architektur.** Die Versäumnisse sind das summierte Ergebnis **jahrelanger Unterlassungssünden**. Wie wird sich die Kommunalaufsicht verhalten? Hoffentlich mit Zuversicht und Vorwärtsblick. Es braucht eine vorwärts blickende mehrjährige Finanzplanung. Mehrjährige kommunale Finanzplanungen sind ein gutes Steuerungsinstrument in die nahe Zukunft hinein. MifriFi, Mittelfristige Finanzplanung, hieß das Instrument schon in den 1970er Jahren, als ich im Planungsstab der Stadt Duisburg arbeitete.

Fehlende Zuversicht ist immer ein schlechter Ratgeber. Das wusste man auch in den Zeiten, als das neue Zentrum als Kulturleistung gewagt wurde.

Es gibt immer innovative intelligente Lösungen, die auf geringem wohl geprüftem Aufwand beruhen. Nur wer danach sucht, gewinnt. Mit der Vergabe von Instandsetzungsarbeiten an den Billigstanbieter wird da genau das Falsche getan. Hier ist Wissen und Intelligenz gefragt.

Herausforderung 3: Das neue MARL stellte von Anbeginn Kultur und Bildung voran. Das Marl von heute braucht eine neue Wertschätzung von Bildung und Ausbildung als Zukunftsinvestition für seine jungen und jüngsten Bewohner.

In den Gemeinden des Nördlichen Ruhrgebiets und auch in Marl gibt es einen Besorgnis erregenden **sozialen Bildungsnotstand**, der die Bildungschancen beeinträchtigt. Das hat gerade die neue Studie des Wissenschaftszentrums Berlin herausgestellt.

Die Karte zeigt die Orte, in denen bis zu 50% der Grundschüler aus Familien kommen, die von Sozialhilfe leben. Der Verfasser ist Prof. Dr. Marcel Helbig in der Forschungsgruppe der Präsidentin Jutta Almendinger des Wissenschaftszentrums Berlin. Er stellt fest:

„Bei steigendem Anteil armer Kinder an einer Schule und in einer Nachbarschaft werden die Bildungsergebnisse schlechter.“

Ich ergänze, die Kinder büßen für die Niedriglohnarbeit in Marl. Die Karte zeigt ein überdeutliches Bild des nördlichen Ruhrgebiets: der Strukturwandel nach den Zechenschließungen trägt in dieser Region noch nicht. Ein Fünftel bis zur Hälfte der Grundschüler leben hier in Armut. Sie haben durchweg schon in der Grundschule die schlechteren Chancen:

Ob es um Schulhefte, Arbeitsmaterial für den Unterricht oder Schulausflüge geht, die Geld kosten. Oder um Hilfestellungen, die die Eltern nicht leisten können.

Hinzu kommen unbesetzte Stellen bei den Lehrern. Wo es nur unsichere Jobs gibt, fehlt die Lust aufs Lernen; Man traut sich selbst weniger zu. „ARMUT TROTZ VOLLER ERWERBSTÄTIGKEIT“ ist die Diagnose.

Die faire Verteilung der Mittel aus dem Startchancenprogramm, mit dem 4.000 Grundschulen in Deutschland gefördert werden sollen, erfordert eine ungleiche Verteilung auf die Bundesländer. Die Abschätzung der Mittelbedarfe für die deutschen Grundschulen anhand der Armutsquoten in den Sozialräumen zeigt das deutlich.

Marl ist im Wohnungsbestand noch immer die Stadt der Zechensiedlungen. Mit der Schließung der Zechen Brassert und Auguste-Viktoria ging auch hier der Verlust von Arbeit einher. Und das erzeugt Motivationsverlust *fürs Leben zu lernen*, schon in der Grundschule.

Die Detailkarten der WZB-Studie zeigen es deutlich: In der geographischen Mitte von Marl, von Brassert bis Drewer, kommen 30 - 50% der Grundschüler aus Familien, die zusätzlich zum Niedriglohn sozialhilfeberechtigt sind und Bürgergeld beziehen.

Für diese Wohngebiete besteht daher auch der größte Bedarf an Unterstützung der Grundschulen. Hier wird ganz besonders das Geld gebraucht, das die Bundesministerin Stark-Watzinger, zuständig für Bildung, ausgewählten 4.000 Grundschulen über das **Startchancenprogramm** versprochen hat. In Marl und dem nördlichen Ruhrgebiet wird es besonders gebraucht. Eine Gießkannenverteilung über die gesamte Republik wäre kontraproduktiv.

Dabei hat Marl hervorragende Schulgebäude, gebaut seit den 1960 Jahren, Leuchttürme der Moderne. Sie sollten künden, dass gute Grundbildung und weiterführende Bildung den Aufbruch in ein solides Arbeitsleben ermöglichen. Das muss auch heute gelten: die Grundschulen als Orte, die das notwendige Rüstzeug für ein gesichertes Leben liefern.

Ich unterstütze darüber hinaus auch die Forderung, hier in Marl eine **Universität** zu etablieren. Wie an der Bochumer Ruhr-Universität geht es dabei um die Stärkung des Selbstwertgefühls über höhere Allgemeinbildung und über MINT-Qualifizierung, die den nachrückenden Generationen Einstiegschancen und Wege in neue Kompetenzen gibt. Die Ruhr-Universität in Bochum bietet jungen Studierenden, die Erstakademiker sind, Hilfestellungen an, sich im Unimilieu beim ungewohnten Lernen zurecht zu finden. Marl hat ja schon zwei Gymnasien, die seit 2014 MINT-Fächer bieten. Auch das wäre ein guter Anfang für Wege ins Hochschulleben.

HERAUSFORDERUNG 4: Der Wohnungsbau in Marl

Als der Neoliberalismus in den 80er Jahren über die westliche Welt hereinbrach, angefeuert von Thatcher und Reagan, wurde der Abbau staatlicher Institutionen zum Non-plus-Ultra: Die Kommunen verkauften ihr Tafelsilber, den Grund und Boden, privatisierten ihre dem Gemeinwohl dienenden Unternehmen; besonders traf es die Gemeinden, die mit dem Niedergang der Zechen klamme Haushalte hatten. Schließlich musste der Staat die Kommunen retten. Er gewährte kurzfristige Kassenkredite mit engen Vorgaben der Verwendung und Kontrolle. Marl ist erst seit Kurzem heraus, muss nicht mehr von der Hand in den Mund leben.

Die CWH verfügten über 6.000 Werkswohnungen als sicherem und preiswerten Grundstock zur Versorgung ihrer Arbeiter. Sie hat sie im Zuge der neoliberalen Ausrichtung des westlichen Wirtschaftssystems seit den 80er Jahren Zug um Zug privatisiert. Die CWH gründeten schon in den 1970ern die nicht mehr gemeinnützige Hülsbau GmbH, da der Anteil der Angestellten wuchs, der der Arbeiter sank. Als erstes wurde die Bereitschaftssiedlung privatisiert, zuvor für die höheren Angestellten errichtet. Dann folgte die Übergabe der Wohnungen für Arbeiter. Sie werden

heute von der Vivawest verwaltet und vermietet. Privatisiert wurde auch die ECA-Siedlung im Stadtteil Brassert - 1951, aus Marshallplan-Mitteln entstanden mit begehrten Kleinwohnungen, die zu einem Festpreis im Sozialen Wohnungsbau errichtet worden waren.¹

Marls überaus wertvoller Wohnungsbestand sind aber die Zechensiedlungen, in denen sich zu wahrhaft bezahlbaren Mieten komfortabel wohnen lässt; nicht so komfortabel wie die Hügelhäuser, aber großzügig durchgrünt. Heute gehören sie der VIVAVEST, sind damit der EVONIK und letztlich der RAG Stiftung zugehörig und schon fragen sich beide, wo sie angesichts sinkender Börsenkurse Ausgaben einsparen können.

Die Stadt Marl gründete 1951 die NEUMA, die *Neue Marler Baugesellschaft*, die 10.000 Wohnungen errichtete; von denen sind allerdings nur noch 3.500 im eigenen Bestand. Auch die Stadt privatisierte, trennte sich von ihrem wertvollen Wohnungsbestand.

Die Stadt beklagt heute einen eklatanten Fehlbedarf an bezahlbaren Wohnungen. Warum ist das so?

Auch die Stadt Marl glaubte an wachsenden Fortschritt und Wohlstand. Sie tätigte Grundstücksvergaben an Bauträger für Stadthäuser, Stadtvillen, Doppelhaushälften, Einfamilienhäuser - nur ein kleiner Teil für MFH im öff. geförderten Wohnungsbau, begründet mit dem Wunsch nach Aufstieg in eine Mittelschichtsgesellschaft. Stattdessen müssen sich immer mehr Menschen über die Tafel versorgen.

Im Isek der Stadt Marl heißt es: „Seit 2011 sind vor allem Einfamilienhäuser und altengerechte Wohnungen zusätzlich entwickelt worden. Dabei wurde meist das mittel- und hochpreisige Segment bedient.“ Marl braucht auch höherwertigen Wohnungsbau, um qualifizierte Arbeitskräfte vor Ort zu bedienen. Es geht um die Proportionen.

Es gibt wachsende Unruhe unter den Bewohnern, dass bisherige Regelungen zu ihren Ungunsten verändert werden. Dazu gehört die Abrechnung der Fernwärmegebühren durch EON. Immer neue Bürgerinitiativen wehren sich gegen solche Zugriffe. Hier ist volle Transparenz zu fordern. Mißtrauen durchzieht inzwischen die Stadt. Das muss sich ändern.

Heute gibt es keinen Sozialen Wohnungsbau mehr, es gibt nur noch eine Förderung mit öffentlichen Mitteln. Nach 20 Jahren gelten die in den Wohnungsbau eingebrachten öff. Förderbeiträge als aufgezehrt, die Sozialbindung entfällt, geförderte Wohnungen landen von da an auf dem freien Wohnungsmarkt. Das ist deutschlandweit so.

München, von hohen Mieten besonders betroffen, hat nun per Satzungsbeschluss des Stadtrats die Bindungswirkung für alle öffentlich geförderten Wohnungen auf 40 Jahre verlängert. Aber auch hier fällt danach das Fallbeil. Ich nenne es das Sisyphus-Phänomen: Wenn der Stein öffentlicher Mittel 20 oder 40 Jahre nach oben gewuchtet wurde, rollt er dann sturzartig wieder nach unten, verwandelt die öff. geförderten Wohnungen in frei verfügbaren Wohnungsbestand nach Marktprinzipien.

Marl bemüht sich löblicherweise, mit den Neubauprojekten die vorhandene Siedlungsstruktur mit kleinteiligen Siedlungsprojekten aufzufüllen. Aber die Wohnprojekte für die Besserverdienenden gehen in den geschützten Freiraum. Das wird auch hier durch die Projektentwickler der Immobilienwirtschaft forciert. Die meiste Fläche beanspruchen die Einfamilien-Häuser und die Doppelhaushälften, nur etwa ein Viertel der neuen Wohneinheiten geschieht im Mehrfamilienhausbau. Stadt und Immobilienwirtschaft waren sich da lange einig.

¹ Lorentz / Erker: Chemie und Politik. 1938-1979. München 2003

Nun hat auch Marl begonnen, über neue Regeln der Grundstücksvergabe nachzudenken mit Orientierung am Münchner Modell der Konzeptvergabe: Von den Bietern, die ein größeres Stück des Bodens der Stadt bebauen wollen, werden Gebote mit ökologisch und sozial durchdachten Qualitäten verlangt. Dabei baut vorrangig die private Immobilienwirtschaft.

Marl hat mit fast 10% eine hohe Arbeitslosenquote. Die erhofften 1.000 neuen Arbeitsplätze im ‚Regionalen Kooperationsstandort‘ gate.ruhr müssen unbedingt mit Ausbildung und Handwerksgründungen verbunden sein.

Gate.ruhr darf nicht als last-mile Verteilerpunkt im Netzwerk der Warenströme landen, die die Container von den Seehäfen Rotterdam und Antwerpen aus verteilen.

Nun möchte ich noch ZWEI VORBILDHAFTE BEISPIELE erwähnen:

Die 15-Minuten-Stadt

Die Stadt der Nahversorgung mit Kita, Arzt, Apotheke, Ausschluss des Durchgangsverkehrs, guten Fahrradwegen, fußgängerfreundlicher Gestaltung mit Aufenthaltsqualität, mit Wochenmärkten der fliegenden Nahversorgung.

Gute Ansätze in der Kolonie Brassert, in der Waldsiedlung.

Vorbild ist Barcelona mit seinen Supercuadras.

Barcelona, die Hauptstadt Kataloniens, einer Region Spaniens ist stets unabhängig und vorwärtsdenkend. Besonders innovativ ist sie, die Stadt den Fußgängern zurückzugeben. Die schachbrettartige Grundstruktur aus quadratischen Baublocks mit vielen gleichrangigen Straßen und Straßenkreuzungen wurde dazu umgedacht: jeweils 4 Baublöcke wurden zu einem Supercuadra zusammengefasst und die Straßen innerhalb eines Supercuadra vom Autoverkehr befreit und dem Fußwegeverkehr übergeben.

Auch Marl hat in Brassert eine zusammenhängende Zone der früheren Zechensiedlung Brassert für den Durchgangsverkehr gesperrt, die wir bei unserem Besuch in Marl entdeckten. Hier dürfen nur noch Anlieger hinein, im weiteren Fußgänger und Radfahrer. Das Beispiel könnte Schule machen für weitere Zonen ohne PKW-Durchgangsverkehr.

BEISPIEL RENNES

Rennes ist eine Stadt mit 220.000 Einwohnern im ärmeren französischen Norden am Ostrand Bretagne, in einer wachsenden Region, 1 1/2 TGV-Stunden von Paris entfernt, sie lebt seit 1961 von einem PSA-Autowerk.

Seit der Nachkriegszeit haben die sozialistischen Bürgermeister den Aufkauf des Grund und Bodens betrieben und setzen das fort, die Hälfte des Bodens gehört inzwischen der Kommune. Der wird mit flächensparenden Bautypen bebaut, 3-geschossig im modernen Holzbau. Durchweg sind es Reihenhäuser mit kleinsten privaten Gärten. Aber es gibt viel Gemeinschaftsgrün, von den Bewohnern gemeinsam gepflegt. Im französischen Programm Sozialer Wohnungsbau wurden sie farbenfroh errichtet. Rennes erfüllt damit perfekt die Vorgaben des neuen französischen Klimaschutzgesetzes, den Siedlungsflächenverbrauch zu halbieren. Rennes wächst zudem, ohne dass der umgebende Grüngürtel angerührt wird. Es hatte auch die ersten Passivhäuser Frankreichs.

RENNES wäre eine Besichtigungsreise mit dem Marler Stadtrat wert!

Das Einfache und Gute schaffen

Für Marl wäre als Minimum zu fordern:

- Mehr öff. geförderter Wohnungsbau im Mehrfamilienhausbau
- Eine flächensparende Wohnungsvorsorge für die Vielen, die versorgt werden müssen
- Mehr Wobau der neuma, am besten in städtischem Eigentum

- Einschränkung des exklusiven Flächenverbrauchs; praktisches Handeln im Sinne der Klimavorsorge
- Flächensparen ist also zugleich klimabewusst und sozialgerecht.

Marl hat eine engagierte Bürgerschaft. Das offenbart sich als die DNA der Stadtgesellschaft, als Grundsubstanz mit ihren Erbinformationen. Sie zeigt mit den Freuden, Sorgen und Nöten, wie wichtig es den Normalbürgern ist, Anteil nehmen.

Ich bin positiv gestimmt, wenn ich lese, wie viele mitdenken, Vorschläge machen und damit einen öffentlichen Diskurs voranbringen. Aber ich bin erschrocken über das viele Rowdytum, über die sich viel zu oft wiederholenden schweren Autounfälle, über Unachtsamkeit im Miteinander und auch über die vielen kriminellen Akte, über die berichtet wird.

Schutz der Skulpturen im offenen Freiraum

Der offene Skulpturenpark um den See und in die Stadtmitte hinein, das ist eine der großen Besonderheiten der Stadt. Frei im Raum zugängliche Kunstwerke sind ein gemeinsames Anliegen, das Marl als kunstsinnige Bürgerstadt zeigt. Die Kunstwerke sind seit vielen Jahrzehnten unzerstört. Es spiegelt ein besonderes Vertrauen in die Obhut aller Bürger wieder. Das wagt nicht jede Stadt.

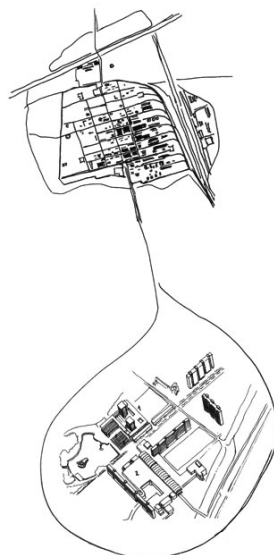
Der Diebstahl von Hans Arps *Ruhendem Blatt* wirft da nun ein schlechtes Licht auf Zusammenhalt und Gemeinsinn. Hat das niemand beobachtet und gemeldet? Ich hoffe, dass Marls Bürger ihre Kunstwerke im öffentlichen Raum künftig wie die eigenen Augäpfel schützen und behüten und gegen jeden beobachteten Vandalismus einschreiten.

In diesem Sinne möchte ich zum Abschluss auf die 10 COPENHAGEN LESSONS des UIA-Kongresses von 2023 verweisen, eine konstruktive Handlungsanweisung für uns alle.

Prof. i.R. Dr. Ingrid Krau Dipl.-Ing.

Die Referentin Ingrid Krau hat die Weiterentwicklung Marls und des Reviers schon lange im Visier. Sie stammt aus dem Revier, ist in Gelsenkirchen zur Schule gegangen, ist nach dem Studium der Architektur in Braunschweig und Berlin und der Promotion in den Sozialwissenschaften an der FU Berlin ins Ruhrgebiet zurückgekehrt, wurde 1973 Mitglied des interdisziplinären Planungsstabs der Stadt Duisburg, hat in der Stahlindustrie geforscht und wurde Beraterin der IBA-Emscherpark mit ihrem Architektur- und Planungsbüro in Bochum. 1988 hat sie am städtebaulichen Wettbewerb zum Marler Stadtzentrum teilgenommen und erhielt den 3. Preis. Von 1994 an war sie Professorin für Städtebau an der TU München. Marl und das Ruhrgebiet hat sie nie aus den Augen verloren.

Skizze Ingrid Krau Chemiepark
und moderne Stadtmitte der
1960er Jahre



Zechenkolonie Brassert in Marl vor 1914 und 1918-1928 erbaut.

Aus: Franziska Bollerey, Kristiana Hartmann: Siedlungen aus den Regierungsbezirken Arnsberg Münster.
Mitarbeit Sabine Matzke und Urban Thelen.

